

Resolution für unabhängige Presse

Der Grosse Rat hat gestern eine knapp einstündige Diskussion zur Medienlandschaft im Kanton geführt. Anlass war der Vorstoss des Seeländer Grossrates Jakob Etter.

Der Grosse Rat hat gestern eine knapp einstündige Diskussion zur Medienlandschaft im Kanton geführt. Anlass war der Vorstoss des Seeländer Grossrates Jakob Etter. me. Normalerweise werden Interpellationen im Grossen Rat wortlos zur Kenntnis genommen.

Erklärungen und Diskussionen sind unbeliebt. Anders beim Vorstoss von Jakob Etter (BDP, Treiten) zur Unabhängigkeit der Berner Presselandschaft. Er erinnerte in seiner Erklärung an die Kantonsverfassung, in der es heisst, die Regierung unterstütze die Vielfalt und Unabhängigkeit der Informationen. wichtig für Demokratie Es sei möglicherweise ein Fehler gewesen, dass der Grosse Rat Ende der 90er Jahre ein Mediengesetz bereits in der Eintretensdebatte versenkt habe. Allerdings sieht auch Etter ein, dass der Handlungsspielraum der Regierung beschränkt ist. Mindestens aber soll sie Rahmenbedingungen schaffen, damit der seriöse Qualitätsjournalismus erhalten bleibt. An Saalveranstaltungen habe es immer weniger Leute und gleichzeitig würden sich immer mehr Leute über die Medien informieren. Dem gelte es, Rechnung zu tragen.

Roland Näf (SP, Muri) fragte sich mit Blick auf die Geschäfte des Grossen Rates, wer überhaupt noch über diese berichte, wenn es den « Bund » einmal nicht mehr geben sollte. Eine Gesetzesdiskussion finde in den Gratiszeitungen kaum Niederschlag.

Doch die Information der Bevölkerung über solche Vorgänge sei die Basis der Demokratie. Für Näf nähmen die abonnierten Qualitätszeitungen einen Informationsauftrag wahr, und er fragt sich, inwieweit dieser vom Kanton abgegolten werden könnte. Er verwies auf Gemeinden, die für den Abdruck ihrer Informationen in den lokalen Anzeigern schon heute etwas bezahlen würden.

Näf kündigte an, dass die SP eventuell eine Motion lancieren werde, die in diese Richtung gehen könnte.

Allerdings nicht alle hatten Verständnis für die Klagen im Ratssaal: Reto Steiner (EVP, Langenthal) sagte, er verfolge die Diskussion mit Stirnrunzeln. Er sehe weder eine Medienkrise noch einen Einheitsbrei der Informationen.

Die Frage der Qualität einer Zeitung sei wichtiger als die Frage, von wo sie kontrolliert wird. Dass die Gratiszeitungen derart stark genutzt würden, habe mit gesellschaftlichen Veränderungen zu tun.

So erwies sich als grösster gemeinsamer Nenner des Parlaments der Vorschlag von Christoph Stalder. Der Stadtberner FDP-Grossrat und Co-Präsident des Komitees « Rettet den Bund » lancierte eine Resolution, in der Grossräte und Regierung ihr Befremden über die zunehmende Pressekonzentration zum Ausdruck bringen konnten. Die grosse Mehrheit des Rats hat das Papier unterschrieben.

Jakob Etter zeigte sich zufrieden über die Diskussion. Die Resolution sei das, was das Parlament und die Regierung machen könnten. Die nächsten Monate, wenn die Tamedia über die Zukunft des «Bundes» entscheidet, werden aufzeigen, was sie genützt hat.